



Peter R. Neumann

Innere Sicherheit in Großbritannien

- Großbritannien ist auch nach den verheerenden Terroranschlägen im Juli 2005 stark durch islamistisch motivierten Terrorismus bedroht. Dies zeigen die Anschlagversuche in den Jahren 2006 und 2007.
- Die neue Brown-Regierung hat die Politik der Inneren Sicherheit von Tony Blair fortgeführt und verstärkt. Allerdings sorgen die strengeren Regelungen in Bezug auf Festnahme von Verdächtigen, Kontrollerrisse und Abhörprotokolle für eine Verhärtung der innenpolitischen Debatten.
- Opposition und Medien werfen der Regierung vor, unnötig scharfe Gesetze zu erlassen – weniger um die Bevölkerung effektiv zu schützen, als um ihr eigenes Ansehen zu erhöhen.
- Neben der Prävention hat sich die Regierung dafür eingesetzt, die Koordinierung der Behörden untereinander sowie den Dialog mit der islamischen Gemeinschaft zu stärken.

FEBRUAR 2008

Inhalt

Einleitung	2
Legislative Maßnahmen	2
Administrative Maßnahmen	4
Dialog mit der islamischen Gemeinschaft	5
Einsatz des Militärs im Inneren	6
Schlussfolgerungen	6

Einleitung

Großbritannien sieht sich nach wie vor einer substantiellen Bedrohung durch islamistisch motivierten Terrorismus ausgesetzt. Nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 kam es zu mindestens zwei weiteren Vorfällen, die diese Einschätzung im Bewusstsein britischer Entscheidungsträger sowie der Bevölkerung allgemein unterstrichen haben: zum einen der sogenannte ›Airline Plot‹ im August 2006, als nach Angaben der Sicherheitsbehörden versucht wurde, bis zu ein Dutzend Flugzeuge auf dem Weg von London nach Amerika mit Flüssigsprengstoff in die Luft zu sprengen; zum anderen zwei versuchte Autobomben-Anschläge am 29. Juni 2007 in London sowie ein Anschlag auf den Flughafen in Glasgow am folgenden Tag, bei dem ebenfalls eine Autobombe eingesetzt wurde.

Jonathan Evans, der Direktor des britischen Inlandsgeheimdienstes MI5, gab Anfang November 2007 bekannt, dass seine Behörde von ungefähr 2000 gewaltbereiten islamistischen Extremisten wüsste, dass man aber von mindestens 2000 weiteren Personen in derselben Kategorie ausgehen müsse, von denen seine Behörde keine Kenntnis habe.¹ Verglichen mit den Angaben seiner Vorgängerin, die ein Jahr zuvor eine Zahl von 1600 nannte,² stellt dies einen weiteren deutlichen Anstieg dar.

Angesichts dieser Entwicklungen überrascht es kaum, dass sich die britische Debatte um eine effektive innere Sicherheits- und Anti-Terrorismuspolitik seit den Anschlägen im Juli 2005 fortgesetzt hat. Aufbauend auf einem Aufsatz, der im Januar 2007 in der Reihe ›Internationale Politikanalyse‹ veröffentlicht wurde,³ wird im Folgenden beschrieben, wie sich Ansätze in der britischen Sicherheitspolitik im Rahmen der sogenannten CONTEST-Strategie weiterentwickelt haben,⁴ speziell im Licht der oben erwähnten Anschläge und versuchten Anschläge im Juni. (Die CONTEST-Strategie nennt als Ziel die Erhaltung der Lebensqualität in Großbritannien, nicht die Eliminierung der Bedrohung durch den Terrorismus. Eine der Komponenten der Strategie beschäftigt sich explizit

mit »präventiven« Maßnahmen, durch die das Anwachsen des Extremismus verhindert werden soll.) Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich zunächst mit legislativen und administrativen Maßnahmen und beleuchtet anschließend britische Ansätze zum Dialog mit der islamischen Gemeinschaft. Abschließend wird kurz auf die britische Haltung hinsichtlich des Einsatzes des Militärs im Innern eingegangen.

Obwohl sich die Grundlinien der britischen Sicherheitspolitik nicht geändert haben, lässt sich feststellen, dass sich die innenpolitischen Fronten in einigen Bereichen verhärtet haben und dass in anderen neue Herangehensweisen bereits umgesetzt werden. Ob dies zu einer insgesamt effektiveren Bekämpfung des Terrorismus oder gar einem Mehr an Demokratie und Integration führen wird, lässt sich derzeit noch schlecht abschätzen.

Legislative Maßnahmen

Die zwei wichtigsten gesetzlichen Instrumente, die zur Bekämpfung des Terrorismus in Großbritannien eingesetzt werden, sind der *Prevention of Terrorism Act* (2005) und der *Terrorism Act* (2006).⁵ Die neue Labour-Regierung unter Premierminister Gordon Brown hat sich nach den Anschlägen im Juni zu diesen Gesetzen bekannt und keine grundlegenden Änderungen vorgeschlagen. Dennoch wurde von der Regierung im Laufe des Sommers eine Verdopplung des Zeitraums, für den Verdächtige ohne Tatvorwurf in polizeilichen Gewahrsam genommen werden dürfen, ins Spiel gebracht. Statt derzeit 28 Tage soll die Obergrenze künftig 56 Tage betragen. Von der Regierung werden hierfür die Argumente zitiert, die bereits bei der ursprünglichen Debatte um den *Terrorism Act* angeführt wurden: Der islamistisch motivierte Terrorismus sei weitaus komplexer als beispielsweise der irisch-republikanische Terrorismus vergangener Jahrzehnte und es sei deshalb ein deutlich längerer Zeitraum notwendig, um potentielles Beweismaterial (oftmals in Fremdsprachen und/oder elektronisch verschlüsselt) zu sichten.⁶

Obwohl seitens der Regierung eine weitere Stärkung der richterlichen Kontrolle in Aussicht gestellt wurde (bereits jetzt muss ein Richter alle sieben Tage entscheiden, ob der polizeiliche Gewahrsam gerecht-

1 Vgl. ›Full text of MI5 Director General's speech‹, Daily Telegraph, 7. November 2007; <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2007/11/05/nevans205.xml>.

2 Vgl. ›Extracts from MI5 chief's speech‹, BBC News, 10. November 2006; http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/6135000.stm.

3 Peter R. Neumann, ›Die Anschläge von London: Reaktionen und Lehren‹, Internationale Politikanalyse, Januar 2007, S. 21 ff.

4 Siehe Home Office, ›Counter-terrorism strategy‹; <http://security.homeoffice.gov.uk/counter-terrorism-strategy/about-the-strategy/>.

5 Deren Inhalte sind tabellarisch in dem früheren Aufsatz der Internationalen Politikanalyse dargestellt; siehe Neumann, op. cit., S. 24.

6 Siehe Home Affairs Committee, ›Terrorism Detention Powers‹, Command Paper 6906, September 2006. <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200506/cmselect/cmhaff/910/910i.pdf>.

fertigt ist), haben die Oppositionsparteien (Konservative und Liberale), Teile der Labour-Partei sowie Bürgerrechtsgruppen und Vertreter der islamischen Gemeinschaft heftigen Widerstand gegen eine Verlängerung auf 56 Tage angekündigt. Die Opposition argumentiert, dass vom 28-Tage-Limit seit Inkrafttreten des *Terrorism Act* im Juli 2006 kaum Gebrauch gemacht wurde und dass eine Verlängerung auf 56 Tage weder notwendig noch international üblich sei.⁷ Außerdem könne bereits jetzt im Rahmen der Notstandsgesetzgebung das 28-Tage-Limit um weitere 30 Tage überschritten werden. Die Regierung hält dem entgegen, dass der sparsame Umgang mit dem geltenden Recht beweise, wie verantwortungsvoll die bestehenden Regelungen gehandhabt worden seien und dass ein 56 Tage dauernder Gewahrsam wohl nur in Ausnahmefällen notwendig würde. (Nach Angaben des Innenstaatssekretärs Tony McNulty wurden zwischen Juli 2006 und November 2007 insgesamt elf Personen für mehr als 14 Tage in Gewahrsam genommen, sechs hiervon für 28 Tage. Gegen acht wurde schließlich ein Tatvorwurf erhoben, wohingegen drei ohne Tatvorwurf entlassen wurden.)⁸ Des Weiteren argumentiert die Regierung, gerade vom Bürgerrechtsgesichtspunkt sei eine gesetzliche Regelung im Rahmen des *Terrorism Act* der Ausrufung eines nationalen Notstands vorzuziehen.

Ein weiterer Streitpunkt in der britischen Debatte sind die sogenannten Kontrollerlasse (Control Orders), die es dem britischen Innenminister erlauben, gegen bestimmte Personen nach richterlicher Prüfung einen Hausarrest und eine Kontaktsperre von bis zu zwölf Monaten zu verhängen, die – wenn notwendig – erneuert werden kann.⁹ Kontrollerlasse wurden mit dem *Prevention of Terrorism Act* (2005) eingeführt, nachdem die zuvor geltende Internierung ausländischer Terrorverdächtiger als mit der Europäischen Menschenrechtskonvention unvereinbar erklärt worden war. Seitdem wurden die Kontrollerlasse durch verschiedene richterliche Entscheidungen modifiziert. Dies hat zu größerer Transparenz und richterlichen Kontrolle in deren Durchführung sowie zur Abschaffung bestimmter Maßnahmen geführt. So wurden

beispielsweise erst im Oktober 2007 vom Obersten Gerichtshof 18-stündige Ausgangssperren als eine unangemessene Einschränkung der Bewegungsfreiheit aufgehoben. Auch haben richterliche Urteile dazu geführt, dass Minister über die gegen jeden Verdächtigen verhängten Massnahmen individuell Auskunft geben müssen.

Nach Angaben der britischen Regierung galten im September 2007 insgesamt 14 Kontrollerlasse, wovon acht gegen britische Staatsbürger verhängt wurden.¹⁰ Die Regierung argumentiert, die zum Teil drakonischen Maßnahmen gegen diese Personen seien notwendige Mittel der Gefahrenabwehr. Es handele sich um gefährliche Terroristen, gegen die nachrichtendienstliche Erkenntnisse vorlägen, die jedoch vor Gericht als Beweismittel unzulässig seien oder deren Veröffentlichung laufende Überwachungsmaßnahmen oder Polizeioperationen gefährden würden. Die Oppositionsparteien haben dieses Argument weitgehend akzeptiert, sprechen sich aber für eine weitere Stärkung der Berufungsrechte von Betroffenen aus. Auch der unabhängige Überprüfer der Anti-Terrorismusgesetzgebung, Lord Carlile, hat die Kontrollerlasse im Februar in seinem zweiten jährlichen Bericht als »gerechtfertigtes und proportionales« Mittel bezeichnet, jedoch eine Reihe von Problemen bei deren Umsetzung kritisiert. Im Besonderen kritisierte Carlile, dass in einigen Fällen die Intensität der Überwachung sehr hoch sei. Auch gab er seiner Besorgnis zum Ausdruck, dass einige der Kontrollerlasse Jahr für Jahr erneuert würden, ohne dass jemals ein Ende der Überwachungsmaßnahmen in Aussicht gestellt werde. Hier müsse es darum gehen, den so Überwachten eine konkrete Perspektive für ein Ende der Überwachung zu geben.¹¹ Einzig Bürgerrechtsgruppen und Vertreter der islamischen Gemeinschaft sind prinzipiell gegen Kontrollerlasse und plädieren für deren Abschaffung.

In diesem Zusammenhang hat sich in den vergangenen Monaten eine ausführliche Debatte um die Verwendung von Abhörprotokollen als Beweismaterial entwickelt. In Großbritannien dürfen inländische Abhörprotokolle derzeit nicht als Beweismaterial vor Gericht verwendet werden. Bürgerrechtsgruppen setzen sich für eine Aufhebung des Verbots ein, weil dies ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit erhöhen würde, Verdächtige in ordentlichen Gerichtsverfahren zu verurteilen. Die Nachrichtendienste haben sich bislang gegen eine solche Regelung ausgesprochen, da

7 Vgl. hierzu ein Report der Bürgerrechtsorganisation Liberty. Jago Russell, *Terrorism Pre-Charge Detention: Comparative Law Study* (Liberty: London, November 2007); <http://www.liberty-human-rights.org.uk/issues/pdfs/comparative-law-exec-summary.pdf>.

8 Siehe House of Commons Hansard (Parlamentsprotokoll), C. 82W, 13. November 2007.

9 Siehe Lord Carlile of Berriew, *Second Report of the Independent Reviewer Pursuant to Section 14(3) of the Prevention of Terrorism Act 2005*, 19. Februar 2007; <http://www.state-watch.org/news/2007/feb/uk-pta-carlile-ann-report.pdf>.

10 Control Order Quarterly Statement, House of Commons Hansard, 17. September 2007; <http://security.homeoffice.gov.uk/news-publications/news-speeches/494245>.

11 Lord Carlile, op cit., S. 26.

sie fürchten, dies könne Quellen und Methoden der Sicherheitsdienste aufs Spiel setzen und zu einer größeren administrativen Belastung der Dienste führen.¹² Im Gegensatz zur Regierung von Tony Blair hat sich die neue Regierung unter Brown von den Argumenten der Sicherheitsdienste distanziert, und verschiedene Regierungsvertreter haben sich in den vergangenen Monaten einer Zulassung von Abhörprotokollen gegenüber offen gezeigt. Brown kündigte im November eine Überprüfung der bestehenden Regelung an.

Weiter heftig umstritten ist die Einführung eines Personalausweissystems nach europäischem Muster, für das von der Regierung nicht nur der Kampf gegen den Terrorismus, sondern auch die Verhinderung illegaler Einwanderung und der Identitätsbetrug angeführt wird. Sowohl Liberale als auch Konservative halten die Einführung von Personalausweisen für »zu teuer« und sehen in ihnen einen Widerspruch zu Prinzipien britischer Bürgerfreiheit. Die nahezu komplette Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen hingegen ist in der innenpolitischen Debatte kaum ein Thema und wird – von einigen Liberalen abgesehen – weitgehend akzeptiert. Die Tatsache, dass bei den Anschlägen und versuchten Anschlägen vom Juni – wie bei den Anschlägen vom 7. Juli 2005 – Bilder aus der Videoüberwachung zur schnelleren Ermittlung der Täter und deren Fahrzeugen beigetragen haben, hat die Stimmen der Gegner dieser Überwachungsform nahezu verstummen lassen.

Administrative Maßnahmen

Nach den Anschlägen und versuchten Anschlägen im Juni kündigte der Premierminister an, ein Nationales Sicherheitskomitee (National Security Committee) einzuberufen, das sich regelmäßig treffen werde, um Fragen der Terrorismusbekämpfung und Sicherheitspolitik zu diskutieren sowie die Arbeit des Büros für Sicherheit und Anti-Terrorismus (Office for Security and Counter-Terrorism) im Innenministerium zu koordinieren. Als Mitglieder des Sicherheitskomitees würden relevante Minister, Staatssekretäre und hochrangige Vertreter der Polizei, des Militärs und der Nachrichtendienste eingeladen. Auch werde Brown einmal jährlich eine Erklärung zur nationalen Sicherheit (National Security Statement) abgeben, in der Bilanz gezogen und die Strategie der Regierung erläu-

tert werde.¹³ Diese Maßnahmen wurden allgemein als Versuch interpretiert, die nicht immer reibungslos funktionierende Koordinierung zwischen verschiedenen Teilen der Regierung zu verbessern.

Das Sicherheitskomitee hat sich seitdem mehrere Male getroffen, und im November hat Brown eine erste Erklärung zur nationalen Sicherheitspolitik abgegeben. Hierin kündigte er eine weitere Erhöhung der Ausgaben für die Polizei und Nachrichtendienste – speziell den Inlandsgeheimdienst MI5 – an und erklärte außerdem, dass künftig alle Ausgaben im Bereich Sicherheit in einem speziellen »Sicherheitsbudget« zusammengefasst würden. Weite Teile der Erklärung beschäftigten sich mit »defensiven Maßnahmen«, durch die öffentliche Plätze vor Anschlägen geschützt werden sollen. Hierzu zählen zusätzliche Barrieren an Bahnhöfen, Flugplätzen, Häfen und an »sicherheitssensiblen Einrichtungen«, zum Beispiel Kraftwerken und Dämmen. Das Innenministerium werde darüber hinaus Betriebe im privaten Sektor – zum Beispiel große Einkaufszentren oder Diskotheken – darüber aufklären, wie Sicherheitsvorkehrungen verbessert werden könnten und auch – wo notwendig – mit Beratern zur Verfügung stehen.¹⁴ All diese Maßnahmen wurden als eine direkte Reaktion auf die Anschläge vom 7. Juni 2007 interpretiert.

Die wohl weitreichendste administrative Maßnahme, die von Brown im Zusammenhang mit den Vorfällen im Juni angekündigt wurde, ist die Zusammenlegung aller Grenzbehörden, speziell der Einwanderungsbehörde (die viele Aufgaben wahrnimmt, die in Deutschland von der Bundespolizei durchgeführt werden) und des Zolls sowie die Ausweitung ihrer Befugnisse. Auch werde Großbritannien ab sofort wieder Ausgangskontrollen einführen, die vor über zehn Jahren von der konservativen Vorgängerregierung abgeschafft worden waren. Des Weiteren würde die Einführung biometrischer Visa vorangetrieben.¹⁵ Eine effektivere Kontrolle der Grenzen war seit geraumer Zeit sowohl von Liberalen als auch Konservativen im Zusammenhang mit der Einwanderungsdebatte gefordert worden, doch mit den Vorfällen im Juni – an denen Staatsbürger aus Jordanien und dem Irak teilnahmen – wurde das Thema zunehmend auch im Sicherheitskontext problematisiert.

¹² Vgl. Justice, *Intercept Evidence: Lifting the Ban* (London: Justice, Oktober 2006); <http://www.justice.org.uk/images/pdfs/JUSTICE%20Intercept%20Evidence%20report.pdf>.

¹³ Gordon Brown, »Statement on Security«, 25. Juli 2007; <http://www.number10.gov.uk/output/Page12675.asp>.

¹⁴ Gordon Brown, »Statement on National Security«, 14. November 2007; <http://www.number10.gov.uk/output/Page13757.asp>.

¹⁵ Ibid.

Dialog mit der islamischen Gemeinschaft

Die Reaktion der islamischen Gemeinschaft auf die Anschläge und versuchten Anschläge im Juni 2007 wurde allgemein als sehr positiv wahrgenommen. Nach den Anschlägen im Juli 2005 hatten sich zwar fast alle Vertreter der islamischen Gemeinde gegen die Anschläge ausgesprochen, häufig aber gab es Zurückhaltung, wenn es darum ging, Muslime zur Kooperation mit den staatlichen Sicherheitsorganen zu ermutigen. Nach den Vorfällen im Juni 2007 sprachen sich zum ersten Mal alle relevanten islamischen Gruppen eindeutig dafür aus, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Selbst Gruppen, die sich explizit gegen die Regierung stellen und von vielen Beobachtern als islamistisch eingestuft werden, forderten Muslime dazu auf, der Polizei bei der Aufklärung der Anschläge zu helfen. Einige moderate Gruppen gingen sogar noch weiter und verurteilten die passive Haltung vieler britischen Muslime. Der Vorsitzende einer einflussreichen Vereinigung junger Muslime sagte, immer nur die Außenpolitik der britischen Regierung für Terrorismus verantwortlich zu machen sei geschmacklos und zudem »eine billige Ausrede, die uns davon abhält, die Wurzeln des Extremismus zu bekämpfen«. ¹⁶ Viele Kommentatoren sahen in diesen Reaktionen ein Zeichen dafür, dass die islamische Gemeinschaft in Großbritannien die Radikalisierung von jungen Muslimen als Problem akzeptiert hat und bereit ist, sich der Verantwortung zu stellen.

Kurz nach den Anschlägen fand sich zudem eine Gruppe britischer Muslime zusammen, die eine Kampagne mit dem Slogan »Islam is Peace« (Islam ist Frieden) startete. Der Slogan war einige Wochen lang auf vielen Bussen sowie in Zeitungsanzeigen zu sehen. Die Anzeigen, die in einigen der größten Zeitungen des Landes veröffentlicht wurden, porträtierten britische Muslime, die voll in die britische Gesellschaft integriert sind (zum Beispiel als Polizeibeamte, Lehrer usw.) und sich dazu bekennen, »stolz, ein britischer Muslim zu sein«. Die Kampagne wurde zunächst begrüßt, dann aber von vielen Entscheidungsträgern eher mit gemischten Gefühlen betrachtet. Zunächst war nicht klar, wer hinter der Kampagne stand, und auch die Webseite der Organisation (www.islamispeace.org.uk) gab wenig Auskunft darüber, wer die Initiative leitet und wie sie sich finanziert. Allmählich wurde klar, dass die Organisatoren von »Islam is Peace« zum Führungskreis der *Muslim Association of Britain* gehören, der enge Verbindungen zur Muslimbruder-

schaft und speziell zur palästinensischen Gruppe Hamas nachgesagt werden. Die *Muslim Association of Britain* hat zwar jede Form von Terrorismus im Westen abgelehnt, jedoch Selbstmordanschläge in Israel und im Irak verteidigt. Weitere Kritikpunkte waren, dass alle Frauen in der »Islam is Peace«-Anzeigenkampagne verschleiert waren und dass in den Materialien der Kampagne leicht der Eindruck aufkomme, als sei einzig die negative Darstellung des Islam in den britischen Medien für die Radikalisierung junger Muslime verantwortlich. ¹⁷

Die »Islam is Peace«-Kampagne illustrierte das Problem der britischen Regierung, geeignete Partner für ihren Dialog mit dem Islam zu finden. Nach den Anschlägen vom 7. Juli 2005 wurde zunächst der *Muslim Council of Britain* (MCB) – eine Dachorganisation von 400 Moscheen und muslimischen Vereinigungen – als privilegierter Dialogpartner identifiziert. Bald jedoch wurde klar, dass der MCB nicht das Durchsetzungsvermögen besaß, klar für britische Muslime zu sprechen. Zudem geriet die Organisation unter Islamismus-Verdacht, nachdem sie sich weigerte, Selbstmordanschläge in Israel und Afghanistan zu verurteilen und speziell, als sich deren Vorsitzender dazu entschied, die offizielle Holocaust-Gedenkfeier zu boykottieren. Auch wurde der Organisation vorgeworfen, das Problem der Radikalisierung zu verneinen und für alle Probleme innerhalb der islamischen Gemeinschaft die britische Außenpolitik verantwortlich zu machen. Die zuständige Ministerin kündigte dementsprechend im Spätherbst 2006 an, mit einer größeren Zahl islamischer Gruppen zu sprechen und nur jene Gruppen finanziell und politisch zu unterstützen, die bewiesen hätten, dass sie »aktiv« und mit praktischen Mitteln gegen den Extremismus vorgehen würden. Ein privilegierter Dialogpartner sei weder notwendig noch effektiv. ¹⁸

Die britische Regierung hat seit diesem Kurswechsel eine deutlich breiter gefächerte Dialogstrategie verfolgt, die sich an bisher wenig beachtete Gruppen – wie zum Beispiel Sufis – sowie Basisorganisationen richtete. Die Strategie, die von Brown in seiner den Anschlägen vom Juni folgenden Erklärung zur nationalen Sicherheit bestärkt wurde, sieht eine direkte Förderung von kommunalen Initiativen vor, für die insgesamt 70 Millionen Pfund (110 Mio. Euro) in

¹⁶ Asim Siddiqui, quoted in Raymond Bonner, »Muslims Urge Cooperation in Inquiry on Bomb Plot«, *New York Times*, 4. Juli 2007.

¹⁷ Siehe Centre for Social Cohesion, »Press Briefing: Islam Is Peace«, 18. Oktober 2007; <http://www.socialcohesion.co.uk/press/prCSCislamispeace.php>.

¹⁸ Siehe Toby Helm, »Back British values or lose grants, Kelly tells Muslim groups«, *Daily Telegraph*, 12. Oktober 2006; <http://www.telegraph.co.uk/news/main.jhtml?xml=/news/2006/10/12/nkelly12.xml>.

den kommenden drei Jahren bereitgestellt wurden.¹⁹ Nach Angaben der Regierung wurden Mittel für 200 solcher Programme bereits bewilligt. Darunter finden sich Internetseiten, Diskussionsgruppen, Sportvereine, Maßnahmen zur Ausbildung von Moscheeleitern usw. Priorität sollen nach Angaben der Regierung Initiativen für Kinder und Jugendliche haben, die sich auf die Bekämpfung der radikalen Botschaft konzentrieren, und über die Vergabe der Mittel soll auf lokaler Ebene entschieden werden.²⁰ Es überrascht wenig, dass Vertreter des MCB und anderer Dachorganisationen, die bis vor kurzem vom privilegierten Status profitiert hatten, diesem Strategiewechsel mit großer Skepsis gegenüberstehen.

Einsatz des Militärs im Inneren

In Großbritannien gab es zur Frage des Militäreinsatzes im Innern keine Debatte, weder vor noch unmittelbar nach den Anschlägen im Juni. Es existiert auch keine genaue gesetzliche Regelung für einen solchen Einsatz. Wie in vielen anderen Bereichen hat sich ein Verständnis der Rolle des Militärs gegenüber den zivilen Behörden im Verlauf von Hunderten von Jahren entwickelt, ohne dass dies jemals genau formuliert worden wäre. Grundsätzlich ist demnach ein Einsatz des Militärs im Innern möglich, jedoch nur dann, wenn dies von den zivilen Behörden ausdrücklich gefordert wird. Des Weiteren gilt, dass das Militär stets den Zivilbehörden untergeordnet sein muss, sodass das Primat der zivilen Kontrolle erhalten bleibt. Der Einsatz des Militärs im Innern wird in Großbritannien dementsprechend als »militärische Unterstützung für die Zivilbehörden« (»military aid to the civil power«) beschrieben.²¹

In der jüngeren Geschichte fand der bei weitem größte und längste Einsatz des britischen Militärs im Rahmen des Nordirlandkonflikts statt. Der Einsatz begann im August 1969 und endete formell erst im Sommer 2007. Während des gesamten Zeitraums war das Militär rechtlich gesehen den Zivilbehörden untergeordnet, obwohl dies in den ersten Jahren des Konflikts – als in Nordirland nahezu bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten – nicht immer offensichtlich war. Außerhalb Nordirlands wurde das Militär nur dann angefordert, wenn dessen technische und logistische

Expertise von Nutzen war, zum Beispiel bei der Entschärfung von Bomben oder bei Naturkatastrophen.²²

Erst nach den Ereignissen vom 11. September 2001 kam das Militär in anderen Rollen zum Einsatz. Im Februar 2003 wurde das Militär angefordert, um den Flughafen in London Heathrow zu sichern, nachdem die Nachrichtendienste Hinweise erhalten hatten, dass Terroristen planen würden, landende Flugzeuge mit Raketenwerfern abzuschießen. Der Einsatz wurde vielerorts als überzogen kritisiert, und einige Oppositionspolitiker mutmaßten, er sei ein bewusstes Mittel der Regierung gewesen, um die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen und sie von der Notwendigkeit verschärfter Sicherheitsmaßnahmen zu überzeugen. Dies wurde von den Beamten, die den Einsatz leiteten, jedoch heftig bestritten.²³

Abgesehen von der kurzen Episode in Heathrow gab es in Großbritannien keine Diskussion über die Legitimität und Notwendigkeit der Verwendung des Militärs im Innern. Kurz nach dem 11. September 2001 wurde innerhalb der britischen Regierung ein Plan dafür formuliert, wie mit Anschlägen nach ähnlichem Muster umgegangen werden solle. Sowohl Militärs als auch Entscheidungsträger sind einig, dass in einem solchen Fall ein Abschussbefehl auch eines zivilen Flugzeuges notwendig werden könnte. In einem Report des Verteidigungsministeriums an den Verteidigungsausschuss des britischen Unterhauses aus dem Jahr 2002 wird festgestellt, dass das Militär in einem solch »außergewöhnlichen Fall« eine Entscheidung durch Politiker vorziehen würde.²⁴ Es ist deshalb weitgehend akzeptiert, dass der Abschussbefehl durch den höchstrangigen zuständigen Minister – normalerweise der Premierminister – gegeben werden müsste.

Schlussfolgerungen

Die britische Debatte um eine effektive Politik der Inneren Sicherheit hat sich seit den Anschlägen vom 7. Juli 2005 – und speziell nach den Vorfällen im August 2006 und im Juni 2007 – fortgesetzt. Es ist allerdings derzeit noch schwer, ein in sich stimmiges Gesamtbild zu zeichnen. In den verschiedenen Bereichen lassen sich folgende Trends feststellen:

¹⁹ Brown, »Statement«, op cit.

²⁰ Hazel Blears, »Preventing Extremism: Strengthening Communities«, 31. Oktober 2007; <http://www.communities.gov.uk/speeches/corporate/preventingextremism>.

²¹ Jonathan Stevenson, »The Role of the Armed Forces of the United Kingdom in Securing the State Against Terrorism«, *The Quarterly Journal*, Fall 2005, S. 124 f.

²² Ibid. S. 128.

²³ Vgl. »Heathrow on High Alert«, *The Guardian*, 12. März 2003.

²⁴ House of Commons, *Defence – Sixth Report*, Hansard, 17. Juli 2002; <http://www.parliament.the-stationery-office.co.uk/pa/cm200102/cmselect/cmdfence/518/51802.htm>.

- Die politischen Auseinandersetzungen über einen ausgewogenen Einsatz der sicherheitspolitischen Instrumente haben sich verschärft. Die Opposition ist nicht bereit, weitere Verschärfungen der Sicherheitsgesetze mitzutragen, und die Gerichte haben bereits einige der ursprünglich durchgesetzten Maßnahmen (bspw. die Kontrollerlasse) modifiziert und/oder zurückgenommen. Von den Medien wird der Brown-Regierung vorgeworfen, es gehe ihr nicht um einen effektiven Schutz gegen den Terrorismus, sondern vor allem darum, sich in der öffentlichen Meinung als »stark« und die konservative Opposition als »soft« gegenüber der Terrorismus-Bedrohung darzustellen.
- Administrative Maßnahmen, die im Zuge der Vorfälle im Juni erlassen wurde, dienten vor allem dazu, die Koordinierung verschiedener Behörden weiter zu verbessern. Verstärkte Grenzkontrollen und ein besserer Schutz öffentlicher Plätze sind direkte Folgen der Anschläge und versuchten Anschläge vom Juni, die sich unter anderem gegen eine Bar und einen Flughafen richteten und von einer Gruppe vornehmlich ausländischer Staatsangehöriger verübt wurde.
- In ihrer Dialogpolitik hat die britische Regierung vor knapp einem Jahr einen Strategiewechsel vollzogen, der nach den Vorfällen im Juni weiter forciert wurde. Im Mittelpunkt steht nun nicht mehr

die Suche nach einem privilegierten Dialogpartner der islamischen Gemeinschaft, sondern die Förderung von Basisprojekten, die sich konkret mit dem Thema Anti-Radikalisierung auseinandersetzen und sich vor allem an Kinder und Jugendliche richten. Hierfür wurden nach den Anschlägen im Juni neue Mittel bereitgestellt.

- Der Einsatz des Militärs im Innern war weder vor noch nach den Anschlägen im Juni ein Thema in der britischen Debatte. Solche Einsätze sind im britischen Recht informell geregelt, und es ist allen Entscheidungsträgern klar, dass im Falle eines Anschlags nach dem Muster vom 11. September 2001 ein Abschussbefehl von der politischen Führung des Landes erteilt werden müsste.

Insgesamt wird in Großbritannien akzeptiert, dass sich die Politik noch viele Jahre mit der Bedrohung durch den islamistisch motivierten Terrorismus auseinandersetzen werden muss. Auch über die Grundlinien der Politik – die so genannte CONTEST-Strategie – besteht kein Widerspruch. Doch die Abstimmung und Entwicklung der verschiedenen Instrumente, die hierfür eingesetzt sollen, ist in vielen Fällen umstritten – und so wird es in der politischen Auseinandersetzung wohl auch in den kommenden Jahren vor allem darum drehen, wie die Variablen Sicherheit, Integration von (muslimischen) Minderheiten und Bürgerrechte besser miteinander vereint werden können.



Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
Abteilung Internationaler Dialog
D-10785 Berlin

www.fes.de/ipa
E-Mail: info.ipa@fes.de

ISBN 978-3-89892-868-7

Bestellungen

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse
z. Hd. Ursula Müller
D-53170 Bonn

E-Mail: info.ipa@fes.de
Fax: +49 (228) 883-625

Alle Texte sind online verfügbar:

www.fes.de/ipa

Die in dieser Publikation zum Ausdruck kommenden Meinungen sind die des Autors/der Autorin und spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung wider.